

Bangladesch im Überblick

zusammengestellt von Patrizia Heidegger

„Bangladesch im Überblick“ erscheint in Kooperation mit NETZ e.V., Wetzlar | www.bangladesch.org

Spannungen zwischen Myanmar und Bangladesch

Bangladesch hat seine Militärpräsenz im Südosten des Landes an der Grenze zu Myanmar verstärkt. Myanmar hat im Golf von Bengalen Untersuchungen für Ölbohrungen und Gasförderung eingeleitet. Das Seegebiet wird jedoch von Bangladesch beansprucht. Auch Myanmar hat militärische Einheiten an seine Seite des Grenzflusses Naf verlagert. Bei einem Zwischenfall erschossen burmesische Soldaten zwei Bangladescher. Im Grenzgebiet wurden in Bangladesch Schulen evakuiert. Seit 1991 ist das Verhältnis der beiden Staaten angespannt. Damals hatte Myanmar rund 250 000 Rohingya, Angehörige einer muslimischen Ethnie, über die Grenze nach Bangladesch vertrieben. Viele Rohingyas leben noch heute in Flüchtlingslagern im Südosten von Bangladesch. Beide Staaten weigern sich, diese Menschen als ihre Bürger anzuerkennen.

107 Parteien registriert

Die Vorbereitungen für die Parlamentswahl am 18. Dezember laufen auf Hochtouren. Bis zum 20. Oktober haben sich 107 politische Parteien, die zur Wahl antreten wollen, bei der Wahlkommission in Dhaka registrieren lassen. Darunter auch alle großen Parteien des Landes. Da die Satzungen der meisten Parteien nicht den Anforderungen der Wahlkommission entsprachen, mussten sie vor der Registrierung ihre Satzungen ändern. Die *Bangladesh Nationalist Party* (BNP) ergänzte ihre Satzung unter anderem durch den Passus, dass bis zum Jahr 2020 ein Drittel aller Posten in den Parteigremien mit Frauen besetzt werden sollen. Die islamistische Partei *Jamaat-e-Islami* hat zwölf der 13 Absätze ihrer Satzung geändert. So fordert die Partei nun nicht mehr „die Herrschaft Allahs“, sondern möchte „eine faire und gerechte islamische Gesellschaft“ herbeiführen. Außerdem können jetzt auch Nicht-Muslime der Partei beitreten. Erstmals wird in die Satzung der Beitrag der Freiheitskämpfer des Unabhängigkeitskrieges von 1971 hervorgehoben und gewürdigt. Die islamistische Partei hat ihre Zulassung erhalten. Fakhruddin Ahmed, Chef der Übergangsregierung, kündigte unterdessen an, dass der Ausnahmezustand vor der Wahl nicht aufgehoben werden soll. Lediglich sollen einige für den Wahlkampf relevante Bestimmungen gelockert werden. Bürgerrechtler verurteilen das Fortdauern des Ausnahmezustands als verfassungswidrig. Die beiden ehemaligen Premierministerinnen Khaleda Zia (BNP)

und Sheikh Hasina (*Awami League*) sind nach Monaten in Haft wieder auf freiem Fuß. Sie sind im letzten Jahr auf Grund von Korruptions- und Bestechungsvorwürfen verhaftet worden. In Bangladesch herrscht seit 11. Januar 2007 Ausnahmezustand. Die Übergangsregierung unter Fakhruddin Ahmed wird vom Militär gestützt.

Universität für Frauen eröffnet

In Chittagong weihte Nobelpreisträger Dr. Muhammad Yunus die *Asian University for Women* (AUW), eine Hochschule nur für Frauen, ein. Die Universität soll Studentinnen aus Bangladesch und dem Ausland anziehen, zur Völkerverständigung beitragen und Führungspersönlichkeiten hervorbringen. Der Chef der Übergangsregierung, Fakhruddin Ahmed, betonte, die neue Universität solle dazu beitragen, die asiatische Identität zu stärken und die wirtschaftliche Entwicklung der Region zu fördern. Die Universität verpflichtet sich, die Hälfte aller Studierenden aus Familien auszuwählen, in denen bislang noch niemand eine Hochschule besucht hat. Studentinnen aus armen, ländlichen oder Flüchtlingsfamilien sollen bevorzugt aufgenommen werden. Die jungen Frauen sollen hauptsächlich aus dem Nahen Osten, Süd- und Südostasien kommen. Die kalifornische Universität von Stanford und die Universität von Aalborg, Dänemark, werden mit der AUW kooperieren.

Klimakonferenz in London

Die Teilnehmer der im September in London stattgefundenen *UK-Bangladesh Climate Change Conference* der *Royal Geographic Society* riefen nicht nur zu einer weltweiten Reduzierung der Treibhausgase auf, sondern forderten auch, Bangladesch bei Anpassungsmaßnahmen an die Folgen des Klimawandels finanziell zu unterstützen. Die Konferenz war die erste ihrer Art, die ausschließlich den Folgen des Klimawandels für Bangladesch gewidmet war. Die Konferenzteilnehmer betonten, dass der hohe Ausstoß von Kohlenstoffdioxid in den Industrienationen letztlich dazu führt, dass die Millenniumsentwicklungsziele in Bangladesch nur sehr schwer erreicht werden können. Der Hauptgrund hierfür läge bei den verheerenden Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft und somit auf die Nahrungsmittelsicherheit. Die britische Regierung sagte Bangladesch umgerechnet 94,5 Millionen Euro an Unterstützung für die nächsten fünf Jahre zu. Dies ist der erste Vorstoß einer

Industrienation, einem Entwicklungsland finanziell bei der Bekämpfung der Folgen des Klimawandels zu helfen. Vertreter der bangladeschischen Regierung und Zivilgesellschaft hoffen, dass sich auch andere europäische Länder und die Weltbank an einem Fonds beteiligen.

Bangladeschische Arbeiter im Nahen Osten

Seit einigen Monaten stehen die Arbeitsbedingungen bangladeschischer Wanderarbeiter in verschiedenen Ländern des Nahen Osten stark in der Kritik. Schon im Sommer protestierten immer wieder Arbeiter in Kuwait gegen niedrige Löhne und unregelmäßige Bezahlung. Die Arbeiter berichteten, dass sie bis zu 16 Stunden am Tag arbeiten müssen. Obwohl ihnen oft viel mehr Geld versprochen wurde, erhalten sie nur Monatslöhne von knapp 45 Euro. Nach Angaben der Arbeiter wurden viele von ihnen auf Grund der unmenschlichen Arbeitsbedingungen und der vielen Überstunden krank. Aber selbst im Krankheitsfall müssen sie bei der Arbeit erscheinen. Allein in Kuwait leben rund 250 000 Arbeiter aus Bangladesch. Im September verabschiedete das Parlament eine Empfehlung, keine ungelernten Arbeiter aus Bangladesch mehr aufzunehmen. Die meisten Bangladeschis in Kuwait sind als Hilfsarbeiter und in ungelernten Jobs angestellt, zum Beispiel als Nachtwächter oder in der Ölindustrie. Auch im benachbarten Saudi-Arabien sind die Arbeiter der Willkür der Vermittlungsagenturen ausgesetzt. Anfang September hatten 450 Arbeiter in Riad ohne Wasser und Nahrung tagelang auf der Straße gesessen. Laut der für sie zuständigen Agentur waren die Männer früher als geplant in Saudi-Arabien angekommen und mussten somit auf ihre Einstellung warten. Eine bangladeschische Hilfsorganisation kümmerte sich schließlich um die Arbeiter.

Khaleda Zia frei

Khaleda Zia, ehemalige Premierministerin Bangladeschs und Vorsitzende der *Bangladesh Nationalist Party* (BNP), wurde am 11. September nach etwas mehr als einem Jahr aus der Haft entlassen. Vor Tausenden von Anhängern verkündete sie, dass sie zur Parlamentswahl im Dezember antreten werde. Tarique Rahman, Zias Sohn und ihr politischer Erbe, war bereits wenige Tage vor seiner Mutter, nach 18 Monaten im Gefängnis, auf Kautionsfreilassung worden. Nach einem Treffen mit Khaleda Zia am Tag ihrer Haftentlassung trat er von allen Parteiämtern zurück. Noch am selben Abend verließ er das Land in Richtung Großbritannien. Dort will er sich wegen einer Verletzung der Wirbelsäule einer medizinischen Behandlung unterziehen. Aussagen seiner Familie zufolge wird er in den kommenden Jahren der bangladeschischen Po-

litik fernbleiben. In den Wochen zuvor hatte Khaleda Zia ihre Haftentlassung eng mit der ihres Sohnes verknüpft. Ranghohe Vertreter der BNP hatten zuvor Zias Freiheit als Grundvoraussetzung für die Teilnahme der Partei an den im Dezember stattfindenden Parlamentswahlen genannt. Khaleda Zia hat gleich nach ihrer Freilassung angekündigt, mit der Übergangsregierung und auch mit Vertretern der *Awami League* in Dialog zu treten. Politische Beobachter werten ihre Haftentlassung als vorläufiges Ende der Spannungen zwischen der Übergangsregierung und der BNP.

Kommunalpolitik: Kaum Frauen

Bei den ersten Kommunalwahlen seit Ausrufung des Ausnahmezustands Anfang 2007 im August waren kaum Frauen als Kandidatinnen angetreten. Frauenrechtsorganisationen beklagten die untergeordnete Rolle, die Frauen in der Politik des Landes spielen. Keine einzige Frau war als Kandidatin für ein Bürgermeisteramt aufgestellt worden. Auch unter den Wahlhelfern waren kaum Frauen vertreten. Dennoch beteiligten sich viele Frauen am Wahlkampf, etwa bei Demonstrationen und Versammlungen der Parteien. Auch die Wahlbeteiligung von Frauen war hoch. Dieses Engagement spiegelt sich aber nicht in der Besetzung politischer Mandate und Posten wider. Frauenrechtsorganisationen fordern, dass die Parteien mindestens ein Drittel aller Posten mit Frauen besetzen, so wie es auch von der nationalen Wahlkommission gefordert wird.

Verkehrsplan für Dhaka

Die Übergangsregierung hat einen umfassenden Plan vorgelegt, mit Hilfe dessen ein umweltfreundliches und integriertes Verkehrssystem für Dhaka geschaffen werden soll. Sein Hauptziel ist es, die angespannte Verkehrssituation in Dhaka zu verbessern und die Verkehrstaus zu bekämpfen. Der Verkehrsplan ist auf 20 Jahre ausgerichtet und schließt neben Dhaka auch die im Ballungsgebiet der Metropole gelegenen Städte Narayanganj, Narsingdi, Munshiganj und Gazipur sowie den Distrikt Manikganj ein. Er beinhaltet u.a. Infrastrukturmaßnahmen für Fußgänger, den Ausbau eines U-Bahn-Netzes, ein neues Beförderungssystem durch Schnellbusse, den Bau neuer Straßen und erhöhter Fahrbahnen, die stark befahrene Kreuzungen überqueren sollen sowie eine optimierte Ost-West-Verbindungsstraße. Für die Maßnahmen werden insgesamt Kosten von umgerechnet 3,89 Milliarden Euro angesetzt. Die Finanzierung des Projekts ist allerdings noch nicht abgesichert, so der Chef der Übergangsregierung Fakhruddin Ahmed. Er hofft auf Geldgeber aus den Industrienationen.